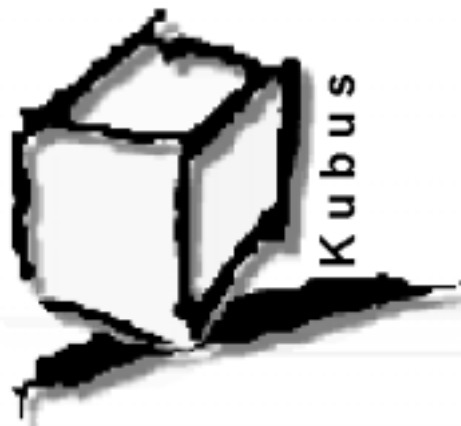


Bestandsaufnahme der Praxis von Verwaltungsabläufen sowie der demokratischen Teilhabe von Bürger/innen und gesellschaftlichen Gruppen bei Planung und Pflege von städtischen Grün.

Carsten Kolb
Rüdigerstraße 51
10365 Berlin

Werkvertrag
Im Auftrag von
k u b u s

Kooperations- und Beratungsstelle für Umweltfragen
Zentraleinrichtung Kooperation
Technische Universität Berlin



Dezember 2003

Inhaltsverzeichnis

1. Das Projekt Garten- und Landschaftsarbeiten zur Neugestaltung des Straßenbegleitgrünes Triftstraße im Gebiet des Quartiersmanagement Sparrplatz in Berlin Mitte, Ortsteil Wedding.....	3
1.1 Zeitlicher und planungstechnischer Ablauf des Projektes	5
1.1.1 Bauvorlaufphase.....	5
1.1.2 Bürgerbeteiligung	6
1.1.3 Kooperation Bezirk, Senat, Quartiersmanagement, Bauherr.....	7
1.1.4 Vergabe der Auftragsleistung	8
1.1.5 Die Bauphase	9
1.1.6 Die Bauabnahme.....	10
1.2 Bewohnerbeteiligungen	11
1.3 Beeinflussende Faktoren.....	15
1.3.1 Fördernde Faktoren.....	15
1.3.2 Hindernde Faktoren.....	15
2. Projekt Stadtteilpark Frankfurter Allee im Bezirk Friedrichshain- Kreuzberg, Ortsteil Friedrichshain	18
2.1 Zeitlicher und planungstechnischer Ablauf des Projektes	19
2.1.1 Bauvorlaufphase.....	20
2.1.2 Kooperation Bezirk, Senat, Bauherr	21
2.1.3 Beteiligung und universitäre Kooperation	21
2.1.3.1 Bürgerbeteiligung	21
2.1.3.2 Universitäre Kooperationen	22
2.1.4 Vergabe der Auftragsleistung	22
2.1.5 Die Bauphase	23
2.1.6 Bauabnahme	23
2.2 Bewohnerbeteiligungen	24
2.2.1 Patenschaften	25
2.3 Beeinflussende Faktoren.....	26
2.3.1 Fördernde Faktoren.....	26
2.3.2 Hindernde Faktoren.....	27
3. Zusammenfassende Betrachtung	28
4. Literatur.....	31
5. Interviewpartner	31

1. Das Projekt Garten- und Landschaftsarbeiten zur Neugestaltung des Straßenbegleitgrünes Triftstraße im Gebiet des Quartiersmanagement Sparrplatz in Berlin Mitte, Ortsteil Wedding

Bei diesem Projekt handelte es sich um eine Infrastrukturmaßnahme zur Qualifizierung und Beschäftigung im Land Berlin nach ModInstRL 99 – stadtweit 2002/2003. Sie wurde durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und von der Bundesanstalt für Arbeit, vertreten durch das Arbeitsamt Berlin Nord in Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt Mitte gefördert.

Die Finanzierung erfolgte zu 80 % aus, von der IBB gewährten, Mitteln des Programms “stadtweit 2002/2003”, das stadtverträgliche Maßnahmen fördert. 20% erbrachte der Bezirk in Eigenleistungen. Die Kofinanzierung erfolgte im Rahmen einer Vergabe-ABM durch das Arbeitsamt.

Die Projektsteuerung oblag dem Quartiersmanagement Sparrplatz (QMS). Bauherr war die Stiftung Sozialpädagogisches Institut (SPI), Geschäftsbereich Stadtentwicklung Ausnahme & Regel ansässig in der Prinzenallee 74 in 13357 Berlin (Tel.: 493 001). Das Büro Bobsien Landschaftsarchitekten (BBL) leistete die Entwurfsplanung und die Bau- bzw. Projektleitung. Die Räumlichkeiten der Planer befinden sich in der Heinrich-Roller-Straße 16-17 in Berlin Prenzlauer Berg (Tel.: 89 72 30 62). Die Bau-Ausführung übernahm die Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Firma Friedrich Scharf GmbH aus der Gatower Straße 145 in 13595 Berlin (Tel.: 361 18 39-0).

Im Rahmen des Bund-Länder-Programms “Soziale Stadt” ist das Quartiersmanagement Bestandteil einer integrierten Quartiersentwicklung für sozial und wirtschaftlich benachteiligte Stadteile und wird in Berlin vom Senat und den Bezirken gemeinsam getragen. Das seit April 1999 von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung in Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt Mitte für den Sparrplatz- / Sprengelkiez beauftragte QM-Team hat die Aufgabe mit den Bewohner/innen, den örtlichen Institutionen, Vereinen und Initiativen sowie allen, die sich mit Ideen, Engagement und Tatkraft beteiligen, die Wohn- und Lebensverhältnisse im Kiez nachhaltig zu verbessern.

Das QMS wird vom Sozialpädagogischen Institut Berlin (SPI) und vom Kommunalen Forum Wedding e. V. (KFW - lokale NGO) durchgeführt.

Um seinem sozialen Auftrag gerecht zu werden, setzte sich das QM Sparrplatz fünf Säulen der Bewohnerbeteiligung.

Parallel zu seiner Arbeitsaufnahme führte das QMS bereits 1999 eine **aktivierende Bürgerbefragung** im Sparrplatz-/ Sprengelkiez durch. Umfangreiche Gespräche mit Bewohner/innen, in denen ihre Sicht als Expert/innen für den Kiez im Mittelpunkt stand, sollten eine solide Arbeitsbasis für das Quartiersmanagement schaffen.¹

Anfang 2000 wurden ca. 500 Bewohner/innen aller Ethnien und jeden Alters durch Anschreiben aufgefordert, in verschiedenen Arbeitsgruppen, den **Planungszellen**, als Bürgergutachter Entwicklungsperspektiven für ihren Kiez zu entwickeln. 71 Anwohner/innen beteiligten sich an den von der Infrastrukturakademie und nexus - Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung betreuten Workshops in der Technischen Fachhochschule (TFH).²

Ein dritter Schwerpunkt sind die 3-4 mal jährlich, in unbestimmten Abständen, stattfindenden **Bürgerforen**, in denen die Anwohner/innen über neueste Entwicklungen im Kiez sowie in Planung und in Ausführung begriffene Projekte informiert werden und ihre eigenen Anliegen vortragen können.

Des weiteren gibt es **Kontaktbörsen**, in deren Rahmen Bürgern die Möglichkeit gegeben wird, ihren Unmut oder auch Anregungen regelmäßig zu äußern.

Fünfte Säule der Arbeit des QM Sparrplatz ist die **projektbezogene Beteiligung** der Anwohner/innen. Ziel ist es, Flächenpotentiale und Gestaltungsansätze für zu überarbeitende "Ecken" im Kiez zu erkennen und mit Hilfe der Bürger attraktiver zu gestalten.

Um die vorliegende Arbeit zu erstellen, wurden Interviews mit Herrn Berger und Herrn Langer vom QMS geführt. Diese stellten neben Literatur auch Sitzungsprotokolle der Bürgerbeteiligungen zur Verfügung. Das ermöglichte das Nachvollziehen der Teilhabe der Bewohner/innen an der Planung dieses Projektes ermöglichte.

Die Planungs- und Verfahrensabläufe sowie Kommunikation und Kooperation zwischen allen Beteiligten Akteuren erläuterte Herr Wehland vom BBL in einem Interview, in dem der Projektverlauf anhand von Akten nachvollzogen wurde.

Die Wahrnehmung der Anwohnerbeteiligung schilderte Herr Dr. Michael Barsig. Er wohnt in der Triftstraße 45 und ist von Beruf Biologe.

¹ Quartiersmanagement / Kommunales Forum Wedding e. V. (Hrsg); Wie lebt es sich wirklich im Sparrplatz-/Sprengelkiez; Broschüre:1999

Alle hier wiedergegebenen Informationen stammen, wenn nicht anders gekennzeichnet, aus den Interviews und den Protokollen der beiden Bewohnerbeteiligungen.

1.1 Zeitlicher und planungstechnischer Ablauf des Projektes

Den Auftrag zur Durchführung der Maßnahme erhielt das Quartiersmanagement Sparrplatz von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Die Stiftung SPI übernahm somit als Treuhänderischer Sanierungsträger des Landes Berlin die Funktion des Bauherrn. Damit fungierte SPI im Verlauf der Maßnahme als Auftraggeber für beteiligte Planungsbüros und die bauausführende Firma; schloss also die Architekten und Bauverträge ab.

Die Maßnahme umfasste vernachlässigte Abschnitte im Bereich Triftstraße 5-17 / 37-70 deren Pflanzungen unansehnlich geworden waren. Der öffentliche Raum, der nur einmal jährlich Pflege genoss, unterlag einer starken Vermüllung und war von Trampelpfaden durchzogen.

Wie bei allen Maßnahmen genoss die aktive Einbeziehung der Bewohner/innen der Straße Priorität.

1.1.1 Bauvorlaufphase

Im Jahr 2000 beauftragte das QM Sparrplatz das Büro Stadt-Land-Projekte mit der Vorplanung der Maßnahme. Dieses erstellte ein grobes Rahmenkonzept, das die Vorplanungen zur Neugestaltung des Straßenbegleitgrünes und der dazu gehörigen Fußwegabschnitte beinhaltete. Der Vorentwurf diente als Vorlage für die Anfrage auf Genehmigung der geplanten Maßnahme bei Senat und Bezirk. Ziel war es, Fördergelder zu beantragen und die Genehmigung für das Projekt zu erhalten. Es handelte sich also um eine für den Fördermittelantrag erstellte Planungsgrundlage.

Nachdem die Förderung aus Mitteln des "stadtweit 2002/2003" Programms (50% EU, 25% Land Berlin, 25% Bund) bewilligt wurde, beauftragte das QMS das Büro Bobsien Landschaftsarchitekten mit den weiteren Planungsstufen und der Erstellung eines ersten konkreten Entwurfes.

Am 27.03.02 fand eine Bauanlaufberatung im Rahmen einer Ortsbegehung statt. An dieser nahmen Herr Bobsien vom BBL, Vertreter des QM Sparrplatz und des Bezirksamtes teil. Dazu gehörten: das Amt für Umwelt und Naturschutz (UmNat), vier

² Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Bezirksamt Wedding von Berlin,; Quartiersmanagement Berlin, Bürgergutachten: Ergebnisse der Planungszellen im Quartier Sparrplatz

Vertreter des Straßen- und Grünflächenamtes (SGA), [der Amtsleiter, der Revierleiter (leitender Ingenieur vor Ort) und zwei Sachbearbeiter]. Während dieser Ortsbegehung wurden erste Probleme und Lösungsansätze erörtert sowie Anregungen und Hinweise ausgetauscht. Es handelte sich um das erste grundsätzliche Gespräch aller Beteiligten.

Am 17.04.02 fand die zweite Besprechung statt. Vertreten waren UmNat, SGA, BSR, (Herr Wilson; Sachbearbeiter dieses Gebietes), Herr Klußmeyer als Projektleiter des SPI und Herr Bobsien. BBL stellte einen ersten Planentwurf vor. Dieser wurde in der Runde befürwortet und dann durch das Büro für die 1. Bewohnerbeteiligung entwurfstechnisch aufgearbeitet. Dies geschah in ständiger Abstimmung der Planungskriterien mit dem Bezirk und dem Senat, so dass noch im selben Monat der erste Entwurf vorlag. *(Vor der konkreten Planung bekam BBL von jeder beteiligten Abteilung des Bezirksamtes einen Katalog mit Maßnahmen, die nicht umgesetzt werden durften - z. B. Hochbeete. Dies sollte Folgekosten (Pflege und Unterhalt) minimieren. BBL hielt sich an alle Kriterien und stimmte jegliche Planung mit Ämtern ab. Auf dieser Basis und durch weitere Gesprächen entstand der erste Entwurf.)*

1.1.2 Bürgerbeteiligung

Erste Informationen zu den bevorstehenden baulichen Maßnahmen in der Triftstraße und der dazu geplanten Bewohnerbeteiligung wurden den Anwohner/innen bereits in den regelmäßig 3-4 mal im Jahr stattfindenden, vom QMS durchgeführten, Bürgerforen übermittelt. Zusätzlich wurden die Pläne an einem Stand des QMS auf dem Kiezfest-Sparrplatz 2002 vorgestellt und über einen längeren Zeitraum im Büro in der Burgsdorfstraße 13A ausgelegt und somit für jedermann einsehbar. Um eine große Zahl der Bewohner/innen zu erreichen, wurden im Vorfeld der Beteiligung 2000 Einladungen zur Bürgerbeteiligung gedruckt und verteilt.

Die **1. Bewohnerbeteiligung** fand **am 07. Mai 2002** statt. Der erste Entwurf, der nach Meinung der Ämter und Institutionen bereits gute Ideen enthielt, wurde vorgestellt. Die Bürger hatten nach der Erläuterung des Planes durch Herrn Bobsien die Möglichkeit, ihre Wünsche und Vorstellungen einzubringen. Die ca. 25 anwesenden Bewohner/innen taten dies auch. 90% der genannten Punkte erwiesen sich dabei, laut Aussagen des QM Sparrplatz, als durchaus sinnvoll. Darauf hin wurde die Planung zum großen Teil wieder verworfen, da die Bürgereinsprüche aufgenommen werden mussten.

BBL nahm die Anregungen der Bewohner/innen auf und arbeitete sie in einen zweiten Entwurf ein. Dieser wurde auf der **2. Bewohnerbeteiligung am 03. Juni 2002** vorgestellt und nur noch in geringem Maße diskutiert, da die überarbeiteten Punkte sich weitgehend mit den geäußerten Vorstellungen der Bewohner/innen deckten.

Näheres hierzu unter 1.2 Bewohnerbeteiligungen.

1.1.3 Kooperation Bezirk, Senat, Quartiersmanagement, Bauherr

Zwischen den Bürgerbeteiligungen fand am 16.05.02 eine interne Planungsbesprechung statt. Anwesend waren neben Vertretern der Verwaltung, dem SPI, BBL und QMS auch die Firma Bretzke & Partner. Diese hatte bereits mehrfach mit dem SPI im Rahmen der Vergabe-ABM des Arbeitsamtes zusammen gearbeitet. Bretzke & Partner übernahm das Projektmanagement für die Vergabe ABM. Dazu zählt die Anforderung der Arbeitskräfte, ihre Bereitstellung für am Bau beteiligte Firmen und ihre persönliche und vertragsrechtliche zu Betreuung.

Wie beantragt bewilligte das Arbeitsamt 18 Arbeitskräfte für zunächst 9 Monate. Diese Maßnahme wurde später um einen Monat, aber nur noch mit 12 ABM-Kräften, verlängert.

Die Planung der Gesamtmaßnahme übernahm BBL. Es stand in permanenten Kontakt mit den zuständigen Bezirksämtern, dem Senat, SPI und dem QMS. Somit konnte jeder Planungsschritt von der vorbereitenden Planung bis zur Bauausführung direkt kommuniziert werden. Während der Ausführung der Bauarbeiten fanden wöchentliche Baurunden statt, die der Abstimmung der Arbeiten und einer, bei auftretenden Problemen, schnellen Behebung dieser dienten.

Am 17.07.02 begannen die Vertragsverhandlungen der ausführenden Firmen. Es wurde an alle beteiligten Behörden die entwickelten Pläne mit Erläuterungen zur Kenntnisnahme, Abstimmung und Verbleib gesandt.

Dem ersten und der zweiten Entwurf sowie den Ausführungsplanungen stimmten SGA und UmNat zu. Hilfreich dabei war, dass durch Treffen und einen stetigen Telefonkontakt zwischen BBL, der BSR, dem SGA, dem NGA, dem Stadtplanungsamt und dem UmNat die Ämter in alle Planungsstufen einbezogen waren. So wurden durch stetige Kommunikation unnötige Fehlplanungen vermieden.

Da es sich um eine geförderte Maßnahme handelte, übernahm BBL mit der Planung des Straßenumbaus Leistungen des Tiefbauamtes.

Eingriffe in Grünflächen bedürfen einer Genehmigung des Naturschutzamtes. Diese wurden für die Arbeiten in der Triftstraße beantragt und mit geringen Auflagen, z. B.: entdeckte Vogelnester müssen "gerettet" werden, genehmigt.

In einer Absprache mit der BSR wurde geklärt, wer für die Reinigung welcher Flächen zuständig ist. Die BSR selbst reinigt den Fußweg und leert die Müllkörbe. Das Grünflächenamt pflegt und beschneidet die Pflanzungen.

Bei der Bewag musste aus technischen Gründen ein Antrag auf Umsetzung eines Straßenablaufes gestellt werden, da diese zu deren Eigentum gehören. Auch hier erfolgte die Kostenübernahme aus Fördergeldern. Die Umsetzung um zwei Meter erfolgte problemlos nach kurzer Absprache per Telefon, als die Arbeiten bevorstanden.

Am Rande: Die Umsetzung eines Briefkastens bedurfte keiner bezirklichen Genehmigung (im Gegensatz zu einer Neuauftellung), da dieser sich im Eigentum der Deutschen Post befindet. Diese genehmigte die Umstellung durch das Tiefbauamt.

1.1.4 Vergabe der Auftragsleistung

Im Rahmen der Bauvorbereitung erstellte BBL Anfang Juni 2002 ein Leistungsverzeichnis. Das Leistungsverzeichnis wurde im Amtsblatt veröffentlicht und beinhaltete alle Arbeitsschritte zur Erstellung des Bauvorhabens. Es handelte sich hierbei um eine beschränkte Ausschreibung nach öffentlichem Teilnahmewettbewerb.

Die im Amtsblatt ausgeschriebenen Baumaßnahmen sollten im Rahmen einer Vergabe-ABM (siehe 1.1.3) ausgeführt werden. Es bewarben sich 24 Firmen, deren formale und fachliche Eignung geprüft wurde. Davon wurden in Abstimmung mit dem SPI schließlich 11 zur Angebotsabgabe vorgeschlagen. Die Firmen bekamen das komplette Leistungsverzeichnis zugesandt, in denen u. a. der Einsatz von 20 ABM-Kräften und der Zeitrahmen der Maßnahme benannt waren. Dies war wichtig, da man durch die Vergabe-ABM eine andere Personal- und Kostenkalkulation

durchführen muss. So wurden später aus Kostengründen z. B. Aushubarbeiten im Bereich der Grünflächen von den Arbeitern und nicht von Maschinen geleistet.

Der Auftrag wurde in Abstimmung mit dem BA-Mitte durch SPI an die Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Firma Friedrich Scharf GmbH vergeben. Nach der Vergabe wurde die erste Bauanlaufbesprechung mit der Firma Scharf, dem BBL und dem SPI durchgeführt, in deren Rahmen es auch zur Vertragsunterzeichnung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer kam.

Bis auf die letzten, handwerklich hochwertigen Arbeiten, wurden alle Tätigkeiten unter Anleitung der Firma Scharf von den ABM-Kräften ausgeführt, von denen 3-5 Personen direkt aus dem Kiez stammten.

Ein Novum in der Zusammenarbeit von Bretzke & Partner mit der Firma Scharf stellte die feste Übernahme einer ABM-Kraft da.

1.1.5 Die Bauphase

Am 29.07.02, 2 Tage vor dem Baubeginn, fand die 1. große Bausitzung statt. An ihr nahmen das NGA, das SGA, das QMS, BBL, Bretzke & Partner sowie die Firma Scharf teil.

Baubeginn der Maßnahme Triftstraße war schließlich der 01.08.02. Der vom SPI am 04.07.02 unterzeichnete Bauvertrag ging dem Bezirk am nächsten Tag zu. Dieser bestätigte den Vertrag mit Unterschrift durch Herrn Böhme am 13.08.02.

Da sich die Triftstraße als öffentliche Fläche im Besitz des Bezirksamtes Mitte befand, wurde bereits im Vorfeld ein Überlassungsvertrag zwischen Bezirk und Bauherr für die Zeit der Baumaßnahmen abgeschlossen. Dieser regelt die Verfügungsberechtigung über die Fläche während der Bauzeit. Auch gilt der Überlassungsvertrag als Nachweis (für die Durchführung der Maßnahme und die Zustimmung des Bezirkes) des Bauherren gegenüber der IBB.

Erst mit diesem Vertrag war der Baubeginn möglich.

Während der Bauphase fanden wöchentliche Baurunden statt. Diese verliefen ruhig und reibungslos. Teilnehmer waren in der Regel die Firma Scharf, Herr Klußmeyer vom SPI, Herr Wehland vom BBL und eine Vertreterin von Bretzke & Partner.

Die Baumaßnahme konnte aufgrund des extremen Winters (3 Monate Pause sonst max. 4 Wochen üblich) leider nicht wie geplant abgeschlossen werden.

1.1.6 Die Bauabnahme

Die Schlussabnahme der Maßnahme erfolgte im Auftrag des Bauherren durch BBL. Die Leistungen der Firma Scharf wurden im Beisein des Bauherren am 21.08.03 unter Anwesenheit des Bezirksamtes abgenommen. Nach der Bauabnahme wurden die Flächen durch die Unterzeichnung des Übergabeprotokolls an den Bezirk übergeben – der Überlassungsvertrag endete.

Neben der Bauabnahme gibt es bei Maßnahmen, die Grünflächen betreffen, auch die Abnahme der Fertigstellungspflege. Dabei wird etwa ein halbes Jahr nach Abschluss der Pflanzungen überprüft, ob diese aus- und durchgetrieben haben. Die Abnahme der Fertigstellungspflege wurde negativ, also zu Ungunsten der Firma Scharf entschieden. Sie konnte, nicht zuletzt durch den heißen Sommer und einer zu niedrig angesetzten Kalkulation, im Sommer 2003 noch nicht erfolgen, da viele Pflanzen sich nicht in einem abnahmefähigen Zustand befanden.

Dies liegt nach Aussagen des Anwohners und Biologen Dr. Michael Barsig auch an der Datenaufnahme. Sie erfolgte im Winter, als eine große Beschattung der zu bepflanzenden Bereiche gegeben war. So kam es zur Auswahl von überwiegend Schattengewächsen.

Als neuer Termin für die Abnahme steht nun das Frühjahr 2004. Bis dahin ist der Auftragnehmer (Firma Scharf) für Wässerung, Düngung, die Dreiständer und das Rasenmähen verantwortlich. Bisher eingegangene Pflanzen musste die Firma Scharf auf eigene Kosten ersetzen.

Nach der Abnahme übernimmt das SGA die Pflege der Grünflächen.

1.2 Bewohnerbeteiligungen

Zur konkreten Vorstellung und Erläuterung der Entwürfe durch das Büro Bobsien Landschaftsplaner wurde in einen zentralen, gut erreichbaren und bekannten Ort, die Grundschule in die Müllerstraße, eingeladen. Auch viele andere Vereine und Initiativen des Kiezes kündigten die Veranstaltungen der Bewohnerbeteiligung an.

Unter den Teilnehmern der Beteiligungsrunden befanden sich neben "einfachen" Bürger/innen auch Bewohner/innen, die in verschiedenen Vereinen aktiv sind. So war die Bewohnerinitiative Garten- und Wasserkiez ebenso anwesend wie ein Vertreter des Bürgerforums, der Verkehrszelle e. V., der Lokalen Agenda, der Grünwerkstatt, ein gelernter Gartenbauer (Anwohner), ein Vertreter des Kiez Boten, der Kontaktbereichsbeamte der Polizei und der Pächter des Restaurant Schupke. Fest zu halten bleibt, dass laut Protokoll der 1. Bewohnerbeteiligung sehr viele gute und vor allem belegbare Vorschläge vor gebracht wurden.

Allgemein war ein sehr großes Interesse der Bewohner/innen an ihrem Kiez erkennbar.

1. Bewohnerbeteiligung 07. Mai 2002 in der Grundschule Müllerstraße 158

Teilnehmende:

- ca. 25 Anwohner/innen der Triftstraße
- Herr Berger QM Sparrplatz (Moderation)
- Herr Bobsien BBL, Landschaftsarchitekt
- Herr Wehland BBL
- Vertreter/innen des BA-Mitte (SGA) sowie der BSR

Herr Bobsien erläuterte den Anwohner/innen zunächst den Entwurf und stellte diesen anschließend zur Diskussion.

Der Entwurf versuchte die grundlegenden Probleme der Triftstraße durch die Neustrukturierung der Grün- und Wegflächen zu beheben. Hundekot, Vermüllung hohe Trittbelastung und Wurzeldruck führten zu qualitativ starken Verschlechterungen der Grünflächen. Bisher war die Pflegearbeit nur eingeschränkt möglich, was am Buschwerk und der schlechten Finanzsituation des zuständigen Bezirksamtes liegt, die eine Reinigung nur 1x im Jahr ermöglicht.

Hauptaugenmerk legten die Planer auf die Einengung der Triftstraße um 2,2 Meter und die damit verbundene Verbreiterung des Gehweges. Die Bäume sollten vom Unterholz befreit und in Mosaikplätzchen und eine wassergebundene Wegdecke gefasst werden.

Das Konzept beinhaltete eine Verkehrsberuhigung, die Beseitigung der Unterpflanzungen, einen Grünstreifen zur Straße und die Wiedergewinnung der Hausvorflächen. Die Planung der Pflasterung zugunsten der Unterpflanzungen wurde mit den dann leichter durchzuführenden Reinigungsarbeiten (BSR), einer besseren Geltung und Pflege der Bäume und der Schaffung einer klareren Ordnung begründet.

Vor allem die Reduzierung des Grüns und der damit einhergehende höhere Sonneneinfall sowie der verminderte Wurzeldruck durch die geplanten Maßnahmen überzeugten die verschiedenen Amtsstellen.

Der Entwurf hätte die Probleme der Straße ihrer Meinung nach behoben. Dazu zählen Vermüllung, Verschmutzung durch Hundekot und das Problem mit den Pflanzungen.

Eine Realisierung des vorgestellten Entwurfes wäre nach Aussagen von Herrn Berger aus Kostengründen nicht möglich gewesen. Der Kostenrahmen hätte nicht eingehalten werden können.

Im Rahmen der Planvorstellung kam es zur kritischen Betrachtung und Beurteilung der vorgestellten Pläne. Niemand der anwesenden Anwohner/innen (Interview Herr Dr. Barsig) sprach sich für den ersten, dort vorgestellten Plan aus. Vielmehr wurde die komplette Planung pauschal abgelehnt.

Die Bewohner/innen sprachen sich gegen die Beseitigung der Unterpflanzungen aus. Sie beklagten den allgemeinen Pflegezustand und wollten keine Abschottung der Gehwege durch einen Grünstreifen zur Straße. Der Gehweg sollte nicht verbreitert und die Triftstraße, außer an der Kreuzung Tegeler/Triftstraße, nicht eingeeengt werden. Zum einen wäre eine Pflasterung und Schmälerung zu teuer und zum anderen würde Beton das Straßenbild prägen. Einigkeit bestand jedoch darin, dass die Gehwegbereiche und die Wegführung überarbeitet werden müssen. Auch bei den Punkten Müll, Vandalismus und Hundekot bestand ein Konsens über die Notwendigkeit Abhilfe schaffender Maßnahmen.

Die Anwohner/innen äußerten auch verschiedene Vorschläge, auf die von Seiten des QMS und BBL aber kaum eingegangen wurde. Dazu gehörte neben dem Vorschlag, Patenschaften zur späteren Pflege zu vergeben und statt der Umzäunung eine

Naturhecke zu pflanzen auch die Forderung nach einer alternativen Planung um eine bessere Diskussion führen zu können.

Die Moderation wurde von einigen Anwohner/innen als sehr einseitig – zugunsten der Planer - wahrgenommen. So wirkte es stellenweise, als sollten die Planungen wegen der kostenintensiven Vorplanung durchgedrückt werden. Dem widersprach Herr Berger im Interview sehr deutlich.

Nach der Diskussion kam es aufgrund der geäußerten Bürgerinteressen zur Vereinbarung zwischen QMS und BBL, den Entwurf unter Berücksichtigung der Anwohnerwünsche zu überarbeiten und kurzfristig in einer 2. Bewohnerbeteiligung vorzustellen.

Als Reaktion auf die erste Bewohnerbeteiligung gingen noch Briefe bzw. Faxe ein. Vorgeschlagen wurde u. a., die TFH in die Planungen einzubeziehen, da es dort einen Gartenbau- und einen Landschaftspflegezweig gibt. Im Rahmen einer Semesterarbeit ließe sich dieses Thema doch bearbeiten. Dieser Vorschlag wurde jedoch aufgrund des an diesem Punkt der Planung bereits engen Zeitrahmens nicht weiter verfolgt.

Der Vorschlag, die verschiedenen Baumarten der Triftstraße mit Hilfe eines Naturlehrpfades kenntlich zu machen, wurde dagegen aufgenommen und wird derzeit durch die Bewohnerinitiative Garten- und Wasserkiez vorbereitet.

2. Bewohnerbeteiligung 03.06.2002

Teilnehmende: - Herr Klußmeyer (SPI)
- Herr Berger, Herr Langer (QMS)
- Herr Wilson (BSR)
- Frau Rossmannith (BA Mitte, Umwelt und Natur)
- Herr Bobsien und Herr Wehland (BBL)
- ca. 30 Anwohner/innen

Der zweite Entwurf, der die Anregungen der ersten Bewohnerbeteiligung aufnimmt, wurde vorgestellt. In ihm waren Einsprüche gegen wesentliche Planungen aus dem ersten Entwurf berücksichtigt: die Strauchpflanzungen, die Anlage eines Grünstreifens und die Verbreiterung des Gehweges bis unter die Bäume entfielen.

Der bestehende Grünzug wurde in diesem Entwurf lediglich überarbeitet, revitalisiert und nachbepflanzt. Die vorgeschlagenen Sitzgelegenheiten mit ausreichend Papierkörben wurden akzeptiert und übernommen.

Die von den Planern beabsichtigte Reduzierung der Sträucher und die Einpflasterung der Baumbereiche entfielen. Durch die auf Bürgerwunsch erhaltenen Sträucher bleiben aus Sicht der Ämter und der Planer die Probleme der Vermüllung und des Hundekotes bestehen. Die Bürger akzeptierten die aus Sicht der Planer notwendigen Maßnahmen für eine erhöhte Sauberkeit und einen geringeren Pflegeaufwand nicht. Der Vorschlag der Installation eines Hundeklos, um der "Haufenplage" Herr zu werden, wurde vom Vertreter der BSR, Herr Wilson, abgelehnt. Aufgrund bisheriger Erfahrungen aus gescheiterten Experimenten brächten diese "Einrichtungen" keinen Erfolg.

Aufgrund des für alle jetzt weitestgehend zufriedenstellenden Arbeitsstandes wurde auf eine dritte Bewohnerbeteiligung verzichtet. Es sollten jedoch rechtzeitig vor dem Baubeginn Flugblätter erstellt werden, die die Anwohner/innen über die Bauarbeiten informieren.

Im Zuge der Beteiligung meldete sich der Pächter des an der Ecke Tegeler-/Triftstraße beheimateten Restaurants Schupke. Er lehnte die Pflanzung einer durchgehenden Hecke ab, da der Durchgangsverkehr den Betrieb dann nicht mehr wahrnimmt und so potentielle Kundschaft entzogen wird.

Ein weiterer Einwand kam vom Verkehrsforum – Forum für zukunftsfähigen Verkehr in der Mitte Berlins e. V.. Dieses unternahm bereits im Jahr 1998 einen Kiezspaziergang mit Kindern und Behinderten und erstellte eine Zeichnung mit Problemgebieten, die im Jahre 2001 per Video zusätzlich aus der Sicht eines Kindes visualisiert wurden. Auch diese Argumente flossen in die Planung der Kreuzung Tegeler-/ Triftstraße, die ein Bestandteil der Planung Triftstraße war, ein. Zur Gefahrenbeseitigung wurde eine Gehwegvorstreckung im Kreuzungsbereich realisiert.

In allen Planungsgesprächen und in beiden Bewohnerbeteiligungen wurde der Zaun als (Pflege-) Hindernis angesehen. Zum Schutz der Grünfläche und als gestalterisches Element wurde er trotzdem errichtet, wenn auch nur im Bereich zwischen Grün und Fußweg. Alle Akteure sind sich heute darüber einig, dass etwas

Auffälliges geschaffen wurde, dass sogar die Diskussion zwischen den Bürgern anregte.

1.3 Beeinflussende Faktoren

1.3.1 Fördernde Faktoren

Fördernd für die Maßnahme in der Triftstraße war vor allem die problemlose Kommunikation und Kooperation aller Beteiligten. Vor der Erstellung des ersten konkreten Entwurfes durch BBL gab es bereits vorbereitende Gespräche mit den Ämtern und dem Auftraggeber, in denen Planungsgrundsätze und Gestaltungskriterien festgelegt wurden.

Während der gesamten Planungs- und Bauphase bestand ein ständiger Kontakt zwischen allen Akteuren.

Ein wichtiger Punkt sind auch die Erfahrungen des SPI als Treuhänderischer Sanierungsträger bei der Durchführung derartigen Maßnahmen.

Eine große Entlastung der Ämter ergab sich durch die öffentliche Förderung der Maßnahme und durch die Tatsache, dass die Triftstraße nicht planungsbefangen war. So war es weniger zeit- und kostenintensiv, die Planungen und Bauausführungen zu unterstützen.

Da die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) die Planungen nicht thematisierte, wurde die Maßnahme nicht parteipolitisch behandelt.

Besonderheit des Projektes war, dass alle Ämter Kompromisse eingingen. So genehmigte z. B. das Tiefbauamt, dass eine Landschaftsbaufirma Arbeiten im Straßenbereich ausführte, was ansonsten abgelehnt wird.

Die Bewohnerbeteiligungen wurden durch das QMS sehr gut organisiert und die Zusammenarbeit mit dem Büro Bobsien lief ebenfalls sehr gut.

1.3.2 Hindernde Faktoren

Als störend bezeichnete Herr Wehland vom BBL die durch das QMS zwar gut organisierten Veranstaltungen der Bewohnerbeteiligung, die aber durch Einsprüche der zum Teil "unqualifizierten" Bürger eine bis dahin gute Planung zunichte machte.

Problematisch wäre, dass Bürger meist "romantische Vorstellungen" hätten, die nichts mit "Stadtherstellung" zu tun haben. Bürgerfrust gehe immer auf Kosten der Planer. Bürger wollten alles schön, neu und super, wobei aber alles so bleiben müsse, wie es ist.

Diese Kritik ist laut Herrn Wehland unter dem Aspekt zu betrachten, dass mehrere Bürgerbeteiligungen bei festen Honorarvereinbarungen zusätzlichen Aufwand bedeuten. Allgemein seien Bürgerbeteiligungen sehr kosten- und zeitintensiv, da jede Verzögerung durch die Bürger ein Loch in die festen Budgets reißt.

Nach seiner Meinung hätte die Bürgerbeteiligung in der Phase der Vorplanung stattfinden müssen und nicht erst, als bereits ein durch die Abteilungen des Bezirksamtes abgeegneter Entwurf bestand. In diesem Fall war die Bürgerbeteiligung ein Störfaktor, der auch noch Fehlplanungen nach sich zog. Eigentlich hatte BBL auch nicht vor, eine 2. Bewohnerbeteiligung durchzuführen.

Da mehrere Ämter an der Umsetzung der Maßnahme in der Triftstraße beteiligt waren, ergab sich ein größerer Koordinationsaufwand. Dieser wurde größtenteils vom Büro Bobsien geleistet. Auch alle im QMS eingehenden schriftlichen Stellungnahmen der Bürger (Mail, Fax, Briefe) wurden an BBL weitergeleitet.

Da aber alle Ämter an einem Strang zogen und die Absprachen meist reibungslos und auch per Telefon liefen, erscheint der Mehraufwand noch vertretbar.

Das Quartiersmanagement entgegnete, dass die von Herrn Wehland als gut bezeichnete erste Planung eine enorme Kostensteigerung verursacht hätte. Auch waren die Bürger bereits vor den offiziellen Beteiligungen in die Planungen involviert. Da BBL Auftragnehmer und SPI Auftraggeber war, bestimmte SPI die Zahl der notwendigen Bewohnerbeteiligungen und gab die Anregungen (auch später geäußerte) dieser selbstverständlich an die Planer weiter.

Nach Meinung von Herrn Berger wurde mit der umgesetzten Planung ein tragbarer Kompromiss gefunden, um Bürgerinteressen und Pflegekosten/Aufwand gerecht zu werden.

Zeigen wird sich, inwiefern eine ausreichende Pflege der neu gestalteten Teilbereiche der Triftstraße gewährleistet werden kann. Das ist besonders unter dem Aspekt zu betrachten, dass die BSR und das NGA andere Planungen befürworteten als jene, die aus beiden Bewohnerbeteiligungen resultierten. Diese bewirken einen Mehraufwand in der Pflege, was wiederum einen höheren finanziellen Aufwand bedeutet.

Nach Meinung von Herrn Dr. Michael Barsig blieb durch die Einsprüche der Bewohner/innen das Biotop erhalten, auch wenn noch Meinung vieler der Grünzug

bis zur Müllerstraße weitergeführt hätte werden können. Allgemein sind durchgehende Grünzüge sehr wertvoll. In diesem Fall wäre eine weitere Aufwertung sinnvoll gewesen. Dies bedeutet konkret Vögel und Insekten eine größere Chance zur Ansiedlung zu geben, die wiederum einen Nutzen für Schmetterlinge haben.

2. Projekt Stadtteilpark Frankfurter Allee im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, Ortsteil Friedrichshain

Im Rahmen des Projektes Stadtteilpark Frankfurter Allee wurde unter der Beteiligung der Anwohner/innen ein Konzept für eine nutzbare Grünfläche in einem großen Innenhofareal entwickelt. Neben der Beteiligung der Bürger bei der Planung war ein wichtiger Bestandteil der Maßnahme, Teilbereiche des Parkes in Pflegepartnerschaften zu übergeben. Anwohner/innen, Initiativen, Vereine und Institutionen haben so die Möglichkeit, aktiv im direkten (Wohn-)Umfeld ihren Beitrag für die Instandhaltung von Grün- und Erholungsflächen zu leisten. Initiiert wurde das Projekt vom Bezirksamt; die Koordination der Beteiligung der Bürger oblag dem Quartiersmanagement Boxhagener Platz.

Das Quartiersmanagement Boxhagener Platz arbeitet im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und in Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg.

Auftragnehmer ist die BIS Stadtteilmanagement GmbH. Geschäftsführer/in sind die Quartiersmanager Erika Hausotter und Thomas Helfen. Die BIS Stadtteilmanagement GmbH hat im Januar 2003 als Rechtsnachfolgerin die Arge Boxhagener Platz GbR abgelöst. Sie verbindet die Kernkompetenz der ASUM GmbH - Arbeitsgruppe Sozialplanung und Mieterberatung - und von BWP - Büro für Wirtschafts- und Projektberatung.

In regelmäßig stattfindenden Steuerungsrunden werden die Arbeitsschwerpunkte des Quartiersmanagements abgestimmt. In der Steuerungsrunde sind Vertreter/innen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg sowie das Team des Quartiersmanagements vertreten.

Die Grundlage der Arbeit des Quartiersmanagements Boxhagener Platz bildet das Integrierte Handlungskonzept, an dessen inhaltlicher Ausgestaltung Bewohner/innen, Initiativen und Vereine, Gewerbetreibende und Hauseigentümer sowie die bezirkliche Verwaltung und Politik beteiligt waren.

Im Rahmen eines kooperativen Arbeitsprozesses wurde ein erster Diskussionsentwurf seitens des Quartiersmanagement-Teams auf Grundlage einer **aktivierenden Befragung der Bewohner** auf dem Wochenmarkt Boxhagener Platz

und in Fachgesprächen mit Mitarbeitern des Bezirksamtes und gebietsansässiger Initiativen und Vereine im Oktober 1999 erarbeitet.

Der erste Diskussionsentwurf wurde über die Bezirkskordinatorin des Quartiersmanagement Boxhagener Platz an alle Fachverwaltungen des Bezirksamtes mit dem Ziel verteilt, die Kenntnisse und Erfahrungen möglichst aller Fachverwaltungen in die Formulierung des Handlungskonzeptes miteinfließen zu lassen, um so dem ressortübergreifenden Anspruch gerecht zu werden.

Neben der Bezirksverwaltung wurde der Diskussionsentwurf an alle Initiativen, Projekte und freien Träger im Gebiet verteilt, um dieser Akteursgruppe ebenfalls die Möglichkeit zu geben, bei der Formulierung des Handlungskonzeptes mitzuwirken oder auf Probleme hinzuweisen, die bisher unberücksichtigt geblieben sind.

Mit dem Ziel, die Alltagserfahrungen der Bewohnerschaft ebenfalls ausreichend bei der Aufstellung des Handlungskonzeptes zu berücksichtigen, wurde Mitte November 1999 ein **Bürgerforum** veranstaltet, dessen Ergebnisse dokumentiert und in das Handlungskonzept eingearbeitet wurden.

Der fertige Entwurf des Integrierten Handlungskonzeptes wurde im Februar 2000 im Rahmen einer Ausstellung im Quartiersbüro präsentiert.³

Ersten Einblick in die Planungsabläufe dieser Maßnahme und die Bürgerbeteiligung gewährte Herr Helfen in einem Interview. Er stellte die Protokolle der Anwohnertreffen zur Verfügung und gab einen Abriss der Planungsstufen aus den vorhandenen Akten.

Informationen zu Kommunikation und Kooperation ergaben sich im Gespräch mit Herrn Ahlemann, dem Koordinator für Quartiersmanagement im Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg. Mit seiner Hilfe konnte auch der zeitliche Ablauf der Maßnahme genau nachvollzogen werden.

2.1 Zeitlicher und planungstechnischer Ablauf des Projektes

Die Fläche im Inneren des von der Frankfurter Allee, Jessnerstraße, Scharnweberstraße und der S-Bahntrasse begrenzten Blocks wurde in den 90er Jahren im Bebauungsplan als Gemeinbedarfsfläche ausgewiesen. Auf dem Gelände, das sich zunächst im Besitz des Bezirkes befand, stand eine Ruine, die in den ersten

Planungsansätzen saniert und umgenutzt werden sollte. Angedacht war neben einem Heimatmuseum unter anderem auch eine Einrichtung für Kinder und Jugendliche. Diese Ideen wurden jedoch nie realisiert, da es an griffigen Konzepten, Trägern und finanziellen Mitteln mangelte. Der Bezirk konnte die Fläche jedoch nicht entwickeln und verkaufte sie der Wohnungsbaugesellschaft Friedrichshain (WBF). Da es zu einigen Eigentümerwechseln in den Häusern des Blockes kam, beplante die Gesellschaft die Fläche ebenfalls nicht.

Im Zuge eines Förderprogramms zur Wohnumfeldverbesserung "erinnerte" sich der Bezirk wieder an den Hofbereich an der Frankfurter Allee. Er erwarb das Grundstück für einen Euro von der WBF zurück und beplante es. Seit Ende 2002 entsteht dort unter planerischer Mitwirkung der Anwohner/innen ein Stadtteilpark, der das Wohnumfeld deutlich aufwerten soll.

2.1.1 Bauvorlaufphase

Im am 31.05.2002 unterzeichneten Kaufvertrag verpflichtete sich der Bezirk, innerhalb eines Jahres mit der Entwicklung der Fläche zu beginnen, da das Grundstück sonst an die WBF rückübertragen wird.

Zunächst wurde der Abriss der auf der offiziellen Abrissliste stehenden Ruine forciert. Da ihre Standsicherheit nicht mehr gegeben war, musste sie zur Gefahrenabwehr abgetragen werden. Am 28.05.2002 genehmigte der Bezirk schließlich den beantragten Abriss, der bis 31.10.02 abgeschlossen war. Diesen finanzierte im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (SenStadt) der Immobilienservice Lichtenberg.

In der Folge begann die Konkretisierung der Planung des Projektes "Stadtteilpark Frankfurter Allee". Ein Büro wurde mit einer einleitenden Bestandsaufnahme beauftragt. Die Vorplanungen wurden zusammen mit dem QM durchgeführt und bildeten die Grundlage für den Fördermittelantrag.

Am 13.06.2000 beantragte der Bezirk diese aus einem Programm zur Wohnumfeldverbesserung (später "Soziale Stadt") bei der IBB. Dieses Programm fördert Stadtteilprojekte zur Aufwertung des unmittelbaren Wohnumfeldes. Der Mitteleinsatz war für 2002/2003 vorgesehen. Zunächst angedachte Projekte zur Kinder- und Jugendförderung wurden fallen gelassen, da es dafür aufgrund der demographischen Entwicklung keinen Bedarf mehr gab. Es sollte vielmehr ein Stadtteilpark entstehen, der die Wohnqualität in der angrenzenden Bebauung deutlich verbessert.

³ www.boxhagenerplatz.de

2.1.2 Kooperation Bezirk, Senat, Bauherr

Die Initiative zur Anlage des Stadtteilparks ging also vom Bezirksamt Berlin Friedrichshain-Kreuzberg aus. Es trieb die konkreten Planungen voran und begleitete sie sehr engagiert. So waren weder der Abriss der Ruine oder die Formalitäten des Kaufvertrages mit der WBF einem zügigen Planungsvorlauf hinderlich. Der Prozess wurde von Beginn an vom Stadtrat für Stadtentwicklung und Bauen, dem Koordinator des Quartiersmanagement Boxhagener Platz, dem Grundstücksservice (Immobilienabteilung des Bezirkes im Amt für Wirtschaft, Finanzen und Bürgerdienst), dem Amtsleiter und Sacharbeitern des Natur- und Grünflächenamtes begleitet. Dies gewährleistete jederzeit eine zügige Abstimmung aller Beteiligten.

Ein Vorteil im Kommunikationsprozess war und ist es, dass die Akteure des Bezirksamtes und des Quartiersmanagements sich unabhängig von konkreten Projekten im Abstand von zwei Wochen treffen und ein regelmäßiger Telefonkontakt besteht.

2.1.3 Beteiligung und universitäre Kooperation

2.1.3.1 Bürgerbeteiligung

Zur Durchführung der Bürgerbeteiligung schloss das Quartiersmanagement einen Dienstleistungsvertrag mit der Firma K&K Kulturmanagement und Kommunikation.

Sie organisierte und führte die Beteiligungen zusammen mit den Architekten durch.

Finanziert wurden die Anwohnertreffen aus Fördermitteln zur Bürgerbeteiligung. Diese wurden bereits im Jahr 2000 pauschal für das Jahr 2002 vom Bezirk beantragt und konnten für die Unterstützung konkreter Vorhaben genutzt und somit beim Bezirk beantragt werden. Im Falle des Projektes Stadtteilpark Frankfurter Allee wurden die Mittel am 25.06.02 bewilligt.

Das **1. Anwohnertreffen** fand **am 24.07.2002** statt. In einer zweistündigen Sitzung wurden zahlreiche Anregungen zur Gestaltung des Geländes erarbeitet. Dabei gab es auch eine Diskussion um die Funktion und die notwendigen Rahmenbedingungen für einen solchen Park.

Auf der Grundlage des ersten Anwohnertreffens erstellte der beauftragte Architekt einen Gestaltungsentwurf, der einen Grossteil der Anregungen der Bewohner/innen beinhaltete.

Dieser wurde auf dem **2. Anwohnertreffen am 23. Oktober 2002** vorgestellt. Er stieß auf große Zustimmung und zwei Tage später, im Rahmen eines Vor-Ort-

Termins, allen interessierten Anwohner/innen in Anwesenheit des Bezirksbaustadtrates erneut präsentiert.

Insgesamt lief die Anwohnerbeteiligung bei der Maßnahme Stadtteilpark so gut, dass sie von vielen involvierten Akteuren als Vorzeigeprojekt der Bürgerbeteiligung bezeichnet wird.

Näheres hierzu unter 2.2 Bewohnerbeteiligungen.

2.1.3.2 Universitäre Kooperationen

Zur Entwicklung der Fläche gab es auch eine Kooperation mit der Technischen Universität Berlin (TUB). Diese ergab sich aus der Fortführung der Zusammenarbeit des Quartiersmanagements Boxhagener Platz mit dem Studiengang der Stadt- und Regionalplanung aus dem Jahr 2000. Im Rahmen eines Hauptstudiumsprojektes entwickelten die Studenten im Sommersemester 2001 Konzepte zu verschiedenen Themengebieten des QM Boxhagener Platz. Eine Teilaufgabe war es dabei, einen Entwurf für einen Stadtteilpark im benannten Hofbereich zu erarbeiten. Die Arbeiten der Student/innen wurden in Zusammenarbeit mit dem QM den Akteuren, Bezirksamt und WBF vorgestellt und verschiedene Anregungen aufgegriffen.

2.1.4 Vergabe der Auftragsleistung

Das QM wollte und konnte nicht selbst als Bauherr auftreten. Das begründet sich im sehr hohen, von den Mitarbeitern des Büros nicht zu leistenden, Arbeitsumfang.

Leistungen im Rahmen von Zuwendungen in Form von Fördergeldern sind nicht ausschreibbar (Interview Herr Ahlemann). Trotzdem wurde in diesem Fall ein Bauträger über ein Auswahlverfahren ohne rechtliche Relevanz gesucht, da sonst die Gefahr besteht, Auftragsleistungen immer an die gleichen Firmen zu vergeben. Den Zuschlag erhielt die Stadtbauhof gGmbH, die somit in Vertretung des NGA-Friedrichshain die Funktion des Bauherren übernahm und für die bauliche Umsetzung verantwortlich war. Ihr oblag die Projektsteuerung, womit sie ihrerseits die Bauleistungen ausschrieb.

Die Stadtbauhof gGmbH ist ein Gemeinnütziger Beschäftigungs- und Qualifizierungsträger, so dass sie an den Vergabe–Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (Vergabe-ABM) des Arbeitsamtes partizipieren kann. Dies ermöglicht eine Co-Finanzierung der Maßnahme durch das Amt. Firmen des ersten Arbeitsmarktes nehmen für die Umsetzung eines Auftrages Arbeitslose auf Kosten des Arbeitsamtes unter Vertrag.

Als Träger der Maßnahme rechnete die Stadtbauhof gGmbH alle erbrachten Leistungen und Kosten beim QM ab, das diese an die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung weitergab. Diese prüfte die Unterlagen und gab sie an die IBB weiter, bei der die eingesetzten Mittel schließlich abgerechnet wurden.

Mit der Erstellung des Entwurfes, der Ausführungsplanung und der Ausschreibungsunterlagen für den Stadtteilpark wurden im September 2002 die Planer Konrad Möckel (Architekt) und Josef Metzler (Landschaftsarchitekt) beauftragt. Dieser offizielle Auftrag fällt in den Zeitraum zwischen den Anwohnerbeteiligungen, die die Grundlage für die endgültige Planerstellung dienten (siehe hierzu 2.1.3.1 und 2.2). Diese Ausführungen wurden vom Bezirksbaustadtrat gebilligt.

2.1.5 Die Bauphase

Da noch 2002 mit der Umsetzung der Maßnahme begonnen werden musste, um die Förderungen in Anspruch nehmen zu können, wurde bereits am 24.10.2002 der Überlassungs- und Kooperationsvertrag zwischen QM, Bezirk und der Stadtbauhof gGmbH unterzeichnet. Dieser stand auch für den offiziellen Beginn der Bautätigkeiten, obwohl erste Arbeiten schon vor dem Vertragsabschluss durchgeführt wurden.

Mit Beginn der Bauphase fanden je nach Bedarf, in unregelmäßigen Abständen, Treffen im Büro des QM in der Krossener Straße oder Vor-Ort-Termine statt. An diesen nahmen neben den Koordinatoren für Quartiersmanagement des Senates (Herr Hirsch) und des Bezirkes (Herr Ahlemann) die Vertreter/innen des QM, der Stadtbauhof gGmbH und der Fachämter des Bezirkes teil.

2.1.6 Bauabnahme

Die Maßnahme ist derzeit (Stand 11.01.2004) noch nicht vollständig abgeschlossen. Bauträger, Bezirksamt und Quartiersmanagement gehen jedoch davon aus, dass die Bautätigkeiten noch im Januar 2004 beendet und abgenommen werden.

Im Rahmen der Abnahme werden auch die für Patenschaften vorgesehenen Flächen übergeben. Dann wird sich zeigen, ob die Zusagen, Partnerschaften zu übernehmen, auch eingehalten werden und das Konzept der Beteiligung der Anwohner/innen an Planung und Pflege aufgeht.

Ebenfalls erst nach der Abnahme können etwaige Nutzerkonflikte sichtbar werden. Trotz der Planung mit den Anwohner/innen wird sich erst dann zeigen, ob der entwickelte Stadtteilpark angenommen wird.

2.2 Bewohnerbeteiligungen

In die Planungen wurden von Beginn an die Anwohner/innen der angrenzenden Blöcke Frankfurter Allee 102 –106, Jessner Straße 1 – 15 und Scharnweberstraße 1 – 8a mit einbezogen.

Das Verfahren der Anwohnerbeteiligung war darauf ausgelegt, dass die Anwohner/innen Vorschläge zur Gestaltung des Areals machen. Um dies zu unterstützen, fertigten die Architekten zahlreiche Skizzen und verschiedene Modelle an, die erste räumliche Vorstellungen vermittelten.

Die Anregungen der Bewohner/innen wurden aufgegriffen und bildeten die Grundlage für einen ersten Entwurf des Landschaftsarchitekten. Dieser wurde den Bewohner/innen vorgestellt, diskutiert und bedarfsgerecht überarbeitet und diente als Grundlage für die konkreten Maßnahmen.

In einer Besprechung am 02. Juli 2002 zwischen Vertretern des Quartiersmanagements, des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg sowie dem Träger der Baumaßnahmen wurde der Ablaufplan des Projektes festgelegt.

Zunächst lud das QM am 24. 07. 2002 zum **1. Anwohnertreffen**.

Einladungen erhielten alle ca. 400 im Block wohnenden Haushalte. Dies geschah durch Wurfsendungen in Briefkästen und durch Hinweise per Plakat. Außerdem gab es in der Info Box, dem Info Blatt des QM Boxhagener Platz, Hinweise auf die Veranstaltung. Diese liegt in vielen Läden im Kiez und im Bezirksamt aus und erreicht somit eine breite Öffentlichkeit.

Zu dem Anwohnertreffen erschienen rund 40 Anwohner/innen, die größtenteils in den Häusern wohnen, aus deren Wohnungen ein direkter Blick auf den zukünftigen Park möglich ist.⁴ Unter den Bewohner/innen befanden sich keine ausgewiesenen Fachleute.

Die zahlreichen Anregungen zur Gestaltung des Geländes und die Ergebnisse der Diskussion über die Funktion und die Rahmenbedingungen eines solchen Parks

⁴ Schlussbericht – Bürgerbeteiligung Stadtteilpark Frankfurter Allee 106; K&K Kulturmanagement; Dezember 2002

flossen in das gemeinsame Gestaltungskonzept des Architekten und des Landschaftsplaners ein.

Der so entstandene Entwurf wurde den wiederum rund 40 Anwesenden am 23. Oktober 2002 auf dem **2. Anwohnertreffen** präsentiert. Die etwa zur Hälfte aus Personen, die nicht am ersten Treffen teilgenommen hatten, bestehende Anwohnergruppe, bekam den Entwurf durch viele Detailzeichnungen und eine anschauliche Computerprojektion vermittelt. Das vorgestellte Konzept traf auf breite Zustimmung. "Insbesondere die Möglichkeit, einzelne Hügel individuell zu gestalten stieß auf großes Interesse."⁵ So erklärten sich erste Interessenten bereit, eine Art Pflegepartnerschaft für einen der geplanten Hügel zu übernehmen.

Weitere Interessenten fanden sich auf der zwei Tage später stattfindenden Ortsbegehung mit den Anwohner/innen und dem Bezirksbaustadtrat. Da immer wieder die Eigenverantwortung der Mieter betont wurde, gab es diesen Wochenendtermin, um eine größere Zahl von Anwohner/innen zu erreichen.

Die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung wurde in einer Koordinationsrunde durch QM im Bezirksamt vorgestellt und bestätigt.

2.2.1 Patenschaften

Probleme gab es nach der Zusammenlegung der Bezirke Friedrichshain und Kreuzberg. Es kam zu einem Interessenkonflikt zwischen der Investition in neue, wohnumfeldverbessernde Maßnahmen einerseits und die durch zusätzliche öffentliche Grünflächen entstehenden höheren Pflegekosten andererseits.

In den Planungen des Stadtteilparks wurde dem mit der Anlage von breiten Wegen und großen Liegewiesen Rechnung getragen. Es gibt nur wenig Beete, mit robusten Pflanzungen, deren Pflege in der Verantwortung des Bezirkes liegen.

Aufgrund der angespannten Finanzlage wurde Wert auf die Einbeziehung der Bürger/innen in die Pflege der neuen Grünanlage gelegt. Da die zur Verfügung stehenden Mittel, personell wie finanziell, sehr knapp bemessen sind, gab es von Beginn der Planung an konkrete Überlegungen, die Anwohner/innen in die Pflege der entstehenden Grünanlagen einzubinden.

Zunächst wurde überlegt, nach amerikanischen Vorbild einen Pocket Park zu errichten, der aber mit den Förderrichtlinien rechtlich nicht vereinbar gewesen wäre, da der gemeinnützige Charakter fehlt.

⁵ Schlussbericht – Bürgerbeteiligung Stadtteilpark Frankfurter Allee 106; K&K Kulturmanagement; Dezember 2002, Seite 2

So kam man zu dem Entschluss, Anwohner/innen, Vereine oder ansässige Einrichtungen für die Übernahme von Pflegepatenschaften für einige Teilbereiche des Stadtteilparks zu gewinnen. Als ein Vorteil solcher Patenschaften wird die wachsende Identifikation und das steigende Problembewusstsein der Anwohner/innen mit ihrem Umfeld betrachtet, was z. B. zu weniger Schäden durch Vandalismus führt. In den Planungen wurden daher die sogenannten Hügel integriert. Sie sind eine Art Hochbeete, die in die Verantwortung der Träger der Patenschaften übergeben werden sollen. Es werden jedoch keine Verträge abgeschlossen, da dies haftungsrechtlich problematisch gewesen wäre. So handelt es sich also um informell geregelte Arbeiten.

Inzwischen zeigen neben einzelnen Anwohner/innen auch Bewohnergruppen, verschiedene Hausmeister, die Stadtmission, Gewerbeeinrichtungen und sogar eine Kindertagesstätte Interesse an der Übernahme von Patenschaften. Darauf reagierte das Amt für Umwelt und Natur mit der Schaffung eines Wasseranschlusses, der für Anwohnerpatenschaften die Möglichkeit eröffnet, die Bewässerung teilweise zu übernehmen. Sollte - wie geplant - auch noch ein Geräteschuppen in die Fläche integriert werden, können mit Beginn der Pflanzzeit im Frühjahr 2004 konkrete Pflegepartnerschaften in Angriff genommen werden. Viele der Verantwortlichen hoffen, dass weitere Anwohner/innen Interesse an einer Patenschaft zeigen werden, sobald die ersten Blumen sprießen.

2.3 Beeinflussende Faktoren

2.3.1 Fördernde Faktoren

Vorrangiges Ziel bei diesem Projekt war es, durch die frühzeitige Einbeziehung der Bürger/innen in die Planung, diese für ein längerfristiges Engagement in Bezug auf die Pflege des Parkes zu gewinnen. Dazu wurde im Rahmen des 2. Anwohnertreffens mit Hilfe von Computerprojektionen, Skizzen, Modellen und Detailzeichnungen ein lebendiges Bild des zukünftigen Areals geschaffen. Durch die bauliche Hervorhebung der Bereiche für Patenschaften, die Hügel und die in Aussichtstellung der Schaffung der nötigen Infrastruktur (Geräteschuppen, Wasseranschluss) konnte zusätzlich durch den ungewöhnlichen Weg einer Ortsbegehung mit dem Bezirksbaustadtrat erfolgreich für Pflegepartnerschaften geworben werden. Die zahlreichen Angebote von Bürgern, Initiativen, Institutionen und Vereinen, Patenschaften zu übernehmen, zeigen, dass dieser Weg durchaus eingeschlagen werden kann.

Wie auch in der Triftstraße beschäftigte sich die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) nicht mit den Planungen. Die Prüfung der Maßnahme von Seiten des Bezirksamtes übernahm vielmehr die sogenannte "Spielplatzkommission". Diese setzt sich aus Vertretern der Fachämter zusammen (z. B. Grünflächen-, Jugendamt).

2.3.2 Hindernde Faktoren

Dem Projekt nicht förderlich war die zwischenzeitliche Neuordnung der Berliner Bezirke. Durch die Zusammenlegung von Friedrichshain und Kreuzberg ergaben sich auch Veränderungen in den Verwaltungen. Die Zuständigkeiten und damit die Ansprechpartner/innen änderten sich.

Ein großes Problem stellt auch die finanzielle Lage des Landes Berlin und damit auch des Bezirkes dar. Zwar ist es, wie in diesem Fall, möglich, mit Fördergeldern auch öffentliche Grünflächen zu errichten. Aber wie sieht es mit der Pflege und Instandhaltung in den folgenden Jahren aus?

Wichtig wird es auch sein, inwieweit die Grünanlage von den Bewohner/innen angenommen wird und vor allem, wie lange die Pflegepartnerschaften bestehen werden.

3. Zusammenfassende Betrachtung

In beiden Quartiersmanagementgebieten sind die Anwohner/innen bereits seit deren Installierung durch neuartige Partizipationsmethoden in die Planungsprozesse des jeweiligen Kiezes mit einbezogen worden. Dazu zählen aktivierende Bürgerbefragungen, Bürgerforen und die Mitarbeit an Handlungskonzepten für das eigene Wohnumfeld.

Im Rahmen der beschriebenen Projekte wurde der Beteiligung der Bürger/innen eine große Bedeutung beigemessen. Sie fand in jedoch zu unterschiedlichen Zeitpunkten des Planungsablaufes statt. Im Rahmen des Projektes Stadtteilpark Frankfurter Allee kam es erst nach der Anwohnerbeteiligung zur Erstellung eines ersten konkreten Entwurfes. Die Bewohnerbeteiligung zum Projekt Triftstraße fand dagegen erst statt, als bereits ein mit den Ämtern abgesprochener Entwurf vorlag. Dieser musste mit erheblichen Aufwand überarbeitet werden.

Die Ankündigung der Beteiligungen erfolgte in beiden Quartiersmanagementgebieten mit einem Vorlauf von mehreren Wochen über verschiedene Wege, so dass in beiden Fällen die Zielgruppe in vollem Umfang erreicht werden konnte.

Die offizielle Beteiligung fand jeweils im Rahmen von Bewohner- bzw. Anwohnertreffen statt. Unterschiedlich waren jedoch die angewandten Methoden. Während beim Projekt Triftstraße ein bereits erstellter Plan als Grundlage diente, der aufgrund der bei der ersten Beteiligung geäußerten Anregungen geändert wurde, wählte man beim Projekt Stadtteilpark einen anderen Weg. Erst auf der Grundlage der Anwohnerbeteiligung wurde ein erster Entwurf erstellt. Dieser wurde dann auf einem weiteren Treffen mit Hilfe einer Computerprojektion, verschiedener Modelle und Detailpläne und dann zwei Tage später im Rahmen einer Ortsbegehung erläutert.

Bei der Umsetzung des Projektes Stadtteilpark Frankfurter Allee waren von Beginn an Pflegepatenschaften Bestandteil der Planung. Nach Abschluss der Baumaßnahmen erschien es den beteiligten Akteuren notwendig, die Folgekosten, die durch die Pflege des Grünes anfallen, durch eine Übertragung der Pflegearbeiten zu minimieren. Am Sparrplatz spielte diese Möglichkeit in den Planungen keine Rolle. Lediglich einige Anwohner/innen äußerten diesen Gedanken, der aber nicht weiter verfolgt wurde.

Fest zu halten ist, dass in den sogenannten Problemgebieten, in denen Quartiersmanagements eingesetzt wurden, ein problemloser Abstimmungsprozess

aller an Planungen und deren Ausführungen beteiligten Akteure zu beobachten ist. Anfallende Probleme wurden in beiden Fällen unbürokratisch und schnell gelöst, so dass die Umsetzung der Projekte nicht verzögert wurde.

Auch stellten die Planungsgrundlagen wie Bebauungsplan (B-Plan), Flächennutzungsplan (FNP) oder Bereichsentwicklungsplan (BEP) kein Hindernis dar. Meist sind in den Berliner Bezirken alle Bereiche beplant, so dass Maßnahmen, wie im Fall des Stadtteilparks, sich nach deren Vorgaben (hier Fläche für Gemeinbedarf) richten. Sind Bereiche wie die Triftstraße nicht planungsbefangen, stellt die Umsetzung einer Maßnahme baurechtlich kein Problem dar.

Da sowohl in der Triftstraße als auch an der Frankfurter Allee Fördergelder flossen, stellte sich die Planungsphase und der Beginn der Umsetzung als nicht sehr zeitintensiv dar. Da alle planungs- und entwurfstechnischen Leistungen in beiden Fällen von Planungsbüros erbracht wurden, mussten diese nur von den Ämtern gegengezeichnet werden und konnten nach Abschluss der verfahrenstechnischen Abläufe (Ausschreibungen, Leistungsvergabe) in die Umsetzung gehen.

Die Zusammenarbeit zwischen Planern und Ämtern verlief reibungslos. Abstimmungen vor der Planerstellung und ständiger Kontakt durch Planungsrunden und Baubesprechungen ab der Vorlaufphase bewahrten sowohl beim Projekt in der Triftstraße als auch bei der Maßnahme Stadtteilpark Frankfurter Allee beide Seiten vor Fehlplanungen und Umsetzungsschwierigkeiten.

Beide Projekte wurden durch Vergabe-ABM des Arbeitsamtes cofinanziert. So konnten Kosten für Personal und dessen Betreuung gespart werden. Dies ist insbesondere für die Kalkulation des Gesamtprojektes von Bedeutung und nimmt heute bei derartigen Projekten einen immer größeren Stellenwert ein.

Eine Zusammenarbeit mit universitären Einrichtungen fand im Fall des Projektes Stadtteilpark Frankfurter Allee statt. Die Arbeitsergebnisse der Studierenden der Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin wurden als Arbeitsgrundlage und als Anregungen für Planungen genutzt und liegen in den Akten zur Maßnahme im Bezirksamt und dem Quartiersmanagement vor. Im Rahmen der Maßnahme in der Triftstraße war eine Beteiligung von Studierenden der Technischen Fachhochschule möglich. Die sich im Kiez befindliche TFH hätte mit ihren Studiengängen im Garten- und Landschaftspflegebereich durchaus Ideen und Konzepte in Zusammenarbeit mit dem QMS entwickeln können. Eine zweite, kostenlose Planungsmöglichkeit, bei der mit den Dozenten unabhängige Fachleute beteiligt gewesen wären, blieb somit

ungenutzt. Die Zusammenarbeit mit Lehrenden und Forschenden bürgt auch immer die Möglichkeit, alternative Formen der Bürgerbeteiligung zu eruieren oder soziale und ökologische Entwicklungen abzuschätzen. Dieses Potential wurde nicht genutzt.

Erst in den nächsten Jahren wird sich zeigen, ob die umgesetzten Planungen in den QM-Gebieten von den Anwohner/innen angenommen und die Kosten für die langfristige Pflege vertretbar sind. Dies ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass in der Triftstraße bisher nur punktuelle Pflegemaßnahmen bei Bedarf durchgeführt wurden (z. B. Baumbeschneidungen). Die Bürger/innen fragen sich daher, wie es Zukunft aussehen wird?

Allgemein ist bei Projekten für Grün- und Aufenthaltsflächen zu ermitteln, in welchem Verhältnis die Kosten einer Planungsmaßnahme zur entstandenen Qualität steht und wie die Folgekosten zu bewältigen sind.

4. Literatur

ArGe Boxhagener Platz GbR; Protokoll des 1. Anwohnertreffens am 24. Juli 2002; Berlin; 28.08.2002

ArGe Boxhagener Platz GbR; Ergebnisse des 2. Anwohnertreffens zur Gestaltung des Stadtteilparkes am 23. Oktober 2002 im Ladenlokal Scharnweberstraße 3; Berlin; 24.10.2002

K&K Kulturmanagement; Schlussbericht – Bürgerbeteiligung Stadtteilpark Frankfurter Allee 106; Berlin; Dezember 2002

Möckel, Dipl. Ing. Architekt Konrad; Baubeschreibung des Entwurfes Stadtteilpark Frankfurter Allee; Berlin; Oktober 2002

Möckel, Dipl. Ing. Architekt Konrad; Entwurf – Stadtteilpark Frankfurter Allee; Berlin; Oktober 2002

Quartiersmanagement / Kommunales Forum Wedding e. V. (Hrsg); Wie lebt es sich wirklich im Sparrplatz-/Sprengelkiez; Broschüre: Berlin 1999

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung; Bezirksamt Wedding von Berlin; Quartiersmanagement Berlin; Bürgergutachten: Ergebnisse der Planungszellen im Quartier Sparrplatz, Berlin; August 2000

Eingesehen und vor Ort ausgewertet:

- Sparrplatz:
- Protokolle der 1. und 2. Bewohnerbeteiligung
 - Anwesenheitsliste der 2. Bewohnerbeteiligung
 - Entwürfe der Maßnahme Triftstraße
 - Briefe und Faxe mit Stellungnahmen von Bürgern, Gewerbetreibenden und der Verkehrszelle e. V zu den in den Bewohnerbeteiligungen vorgestellten Entwürfen

5. Interviewpartner

- Projekt Triftstraße:
- Herr Berger, Quartiersmanager Sparrplatz
 - Herr Langer, Quartiersmanager Sparrplatz
 - Herr Wehland, Bauleiter – Büro Bobsien
Landschaftsarchitekten
 - Herr Dr. Barsig, Anwohner und Biologe

- Projekt Stadtteilpark Frankfurter Allee:
- Herr Helfen, Quartiersmanager Boxhagener Platz
 - Herr Ahlemann, Koordinator Quartiersmanagement
Friedrichshain-Kreuzberg im Amt für Stadtplanung und Vermessung